

Nach dem Debakel – wie weiter in Afghanistan?

Einschätzungen zur Lage von Rolf Mützenich, Roderich Kiesewetter und Alexander Graf Lambsdorff

Für eine konsequente Aufarbeitung des Scheiterns in Afghanistan | Von Rolf Mützenich

Die Lage in Afghanistan bleibt weiterhin dramatisch, und obwohl die Evakuierungen von deutschen Staatsangehörigen und afghanischen Ortskräften auf Hochtouren laufen, gibt es noch lange keinen Grund zur Entwarnung. Beschönigungen helfen nicht: Die internationale Gemeinschaft, die Bundesregierung und unsere Geheimdienste, aber auch andere haben die Lage verkannt und falsch eingeschätzt.

Spätestens seit dem Abkommen von Doha (bei dem Donald Trump im Februar 2020 offizielle Verhandlungen mit den Taliban unter Ausschluss der afghanischen Regierung führte und zugleich auch noch das konditionslose Abzugsdatum auf Ende April 2021 festlegte) war klar, dass der Afghanistan-Einsatz gescheitert ist und die USA auf dem „Friedhof der Imperien“ das Schicksal ihrer britischen und sowjetischen Vorgänger erleiden werden. US-Präsident Biden musste das vergiftete Erbe von Trumps Abkommen mit den Taliban übernehmen, und diese mussten nur noch abwarten. Aus innenpolitischen Gründen hat Biden sich entschieden, an dem Abzug festzuhalten. Fatal war, dass das Zeitfenster für den Abzug viel zu klein war und damit die Entwicklung nicht mehr steuerbar. Mehr noch: Deutschland und die übrigen Nato-Partner haben wieder einmal erfahren müssen, dass der amerikanische Partner am Ende – Nato-Konsultierungen hin oder her – doch seine eigenen (Abzugs-)Entscheidungen trifft und die Verbündeten damit vor vollendete Tatsachen stellt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Afghanistan nicht nur vom „Westen“, sondern auch von der korrupten afghanischen Regierung unter Ashraf Ghani und der Führung der Sicherheitskräfte verraten wurde. Die Ausrüstung und das Material der afghanischen Streitkräfte sind jetzt in den Händen der Taliban. Die Folgen des Umsturzes für die Menschen in Afghanistan, die in den vergangenen Jahren zunehmende Freiheiten und Fortschritte genießen konnten, aber auch für die Region sowie die internationale Staatengemeinschaft, kann derzeit niemand seriös vorhersehen.

Für die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte war von Anfang an klar, dass sie zusammen mit den USA rein und mit den USA rausgehen. Der Grund für die deutsche Beteiligung war ursprünglich die Ausrufung des Bündnisfalles nach Artikel 5 des Nato-Vertrages nach den Terrorangriffen des 11. September. Dies geschah durchaus auch in der Absicht, amerikanische Alleingänge zu verhindern. Während die USA sich auf die Terrorbekämpfung und das Militärische konzentrierten, standen im Mittelpunkt

des deutschen ISAF-Engagements die Unterstützung von Wiederaufbauprojekten, Demokratie, Menschen- und Frauenrechte und der Aufbau einer afghanischen Zivilgesellschaft. Dies wurde flankiert durch die Petersberg-Konferenzen in Bonn und erhebliche Mittel im Rahmen des Wiederaufbaus und der humanitären Hilfe. Insgesamt flossen seit 2001 mehr als 16 Milliarden Euro in den Aufbau des Landes, bis zuletzt haben mehr als 160.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten sowie Polizistinnen und Polizisten im Land gedient, 59 deutsche Soldaten und drei deutsche Polizisten ließen dabei ihr Leben. Es waren vor allem diese Ziele, die der Deutsche Bundestag in seinen jährlichen Entscheidungsmandaten fast 20 Jahre unterstützt, die zudem durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates legitimiert waren.

Der Einsatz war von Anfang an nicht unumstritten. Zumal die Bush-Regierung offensichtlich weniger Interesse an einem Staatsaufbau in Afghanistan hatte, sondern den „Krieg gegen den Terror“ 2003 auf den Irak ausweitete. Die SPD-geführte Regierung unter Gerhard Schröder hat nicht nur aufgrund der fehlenden völkerrechtlichen Legitimation das sich abzeichnende Desaster und Machtvakuum im Irak vorhergesehen und sich einer Beteiligung verweigert.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >



Erst einmal in Sicherheit: Ein vor den Taliban geflüchtetes afghanisches Mädchen am Flughafen in Dubai. Und jetzt?

Deutschland braucht einen Bundessicherheitsrat im Bundeskanzleramt | Von Roderich Kiesewetter

Die schockierenden Ereignisse in Afghanistan und das unermessliche Leid der Zivilbevölkerung bewegen uns alle. Wir sehen eine unerträgliche humanitäre Tragödie und müssen bekennen, dass es trotz aller Bemühungen und Teilerfolge nicht gelungen ist, dem Land zu der politischen Stabilität zu verhelfen, nach der sich die Menschen so sehr sehnen. Die Bundesregierung, aber auch unsere Verbündeten mussten ihre Lageeinschätzung revidieren. Die berechtigte Selbstkritik muss uns neben der dringend notwendigen Akuthilfe und Krisenintervention Mahnung sein, unsere Handlungsfähigkeit kritisch zu überprüfen und uns strukturell einer veränderten globalen Sicherheitslage anzupassen, in der wir dazu in der Lage sein müssen, unsere Interessen auch in kritischen Lagen wahrzunehmen und selbstbewusst zu formulieren.

Zunächst gilt es, schnellstens alles Menschenmögliche zu tun, den Schaden zu begrenzen. Angesichts der unübersichtlichen Lage in Afghanistan und der dramatischen Szenen am Kabuler Flughafen bleibt nun keine Zeit für aufwändige Verfahrensfragen und Bürokratie. In Abstimmung mit unseren internationalen Partnern geht es um möglichst viele Abflüge vom Flughafen Kabul in sichere Drittstaaten. Statt strenger Formalia müssen wir jetzt mit großem Herzen und Augenmaß alle evakuieren, die für uns gearbeitet haben, deswegen besonders gefährdet sind und ihr Land verlassen

wollen. Die Bundeswehr konnte inzwischen mit dem Aufbau der Luftbrücke beginnen. Für diesen hochriskanten Einsatz gebührt den beteiligten Einsatzkräften unser Dank und Anerkennung.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer liegt völlig richtig, die bestehenden Auslandseinsätze der Bundeswehr dahingehend zu untersuchen, ob sie zur Erfüllung ihres Auftrags angepasst werden müssen. Noch konsequenter wäre es, die regelmäßig notwendigen Mandatsverlängerungen durch den Deutschen Bundestag bewusst strukturell aufzuwerten. Eine jährlich geführte öffentliche Sicherheitsdebatte im Plenum sollte mit einem Evaluierungsbericht verbunden werden. Dies sollte nicht nur zur Verlängerung, sondern auch zur kritischen Überprüfung der zugrundeliegenden außen- und sicherheitspolitischen Strategie und der sich daraus ergebenden Anforderungen dienen. Ein solcher Prüfstein würde zudem mehr Transparenz schaffen, die Sicherheitspolitik in die Mitte der Gesellschaft holen und somit einen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer strategischen Kultur leisten.

Das „Nebeneinanderher“ der Bundesressorts in puncto Sicherheit ist nicht mehr zeitgemäß. Deutschlands Strategiefähigkeit und Krisenwiderstandskraft sind der neuen Lage anzupassen. Afghanistan zeigt: Wir hätten eine umfassende Szenarienplanung mit Notfallplan gebraucht. Die vergangenen Tage haben mich nochmals in meiner Auffassung bestärkt, dass wir einen aufgewerteten Bundessicherheitsrat im Bundeskanzleramt brauchen, der wissenschaftsbasiert Szenarien entwickelt und Entscheidungen vorbereiten kann. Der BSR kann mit entsprechendem Unterbau und Expertenwissen aus den Bundesressorts optimal zu einem Vorbereitungs- und Koordinierungsgremium strategischer Entscheidungen der Bundesregierung ausgebaut werden. Er muss sich zur Aufgabe machen, langfristige Interessen zu definieren, die Ressortaktivitäten zu koordinieren, Trendanalysen und strategische Vorschau zu betreiben und schließlich regelmäßige Evaluierungen vornehmen, die gegebenenfalls notwendige Kurskorrekturen ermöglichen. Insofern ist es ein wichtiger Fortschritt, dass mein seit langem unterbreiteter Vorschlag Einzug in das Wahlprogramm der Union für die anstehende Bundestagswahl gefunden hat.

Nun gilt es, den Blick nach vorne zu richten. Wenn die bestehenden Bundeswehrmandate überprüft werden, wird man zum Ergebnis kommen, dass es in Zukunft weder weniger noch gar keine Bundeswehrein-sätze mehr brauchen wird. Im Gegenteil, man wird eine Debatte darüber führen müssen, wie eine best-

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Das Versagen der Bundesregierung kann Menschenleben kosten | Von Alexander Graf Lambsdorff

Der Blitzsieg der Taliban glich einem Felssturz. Scheinbar ohne Vorwarnung brach er über die afghanische Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft herein. Nur: Der Eroberungszug der Taliban war lange vorhersehbar. Seit mehr als einem Jahr ist vereinbart, dass die amerikanischen Truppen Afghanistan 2021 verlassen würden. Spätestens seit dem Doha-Abkommen zwischen US-Präsident Donald Trump und den Taliban zeichnete sich ab, dass der Rückzug des Westens aus dem Land kein Zeichen der Stärke und des Sieges sein würde. Die Taliban drohten bei Nichteinhaltung des Abkommens glaubhaft, den Krieg zu intensivieren und unendlich zu verlängern. Der Abzug erschien Washington als das kleinere Übel. Das war so zu erwarten. Trotz dieser Vorzeichen hat die Bundesregierung weder eine politische Exitstrategie noch einen Evakuierungsplan für die Ortskräfte und Mitarbeiter erarbeitet. Dabei galt immer: *in together, out together* – wenn die USA gehen, muss auch Deutschland raus.

Die Konsequenzen dieses Regierungsversagens kann alle Welt beobachten: Während die USA und weitere Verbündete nach kurzfristiger Lageänderung die nötige massive Truppenpräsenz zur Evakuierung von Staatsbürgern und Schutzbedürftigen vornahmen, startete der erste A400M der Luftwaffe erst, nachdem Kabul gefallen war. Der späte Zeitpunkt dieser Evakuierungsmission und die fehlende Vorbereitung machen diesen Bundeswehrein-satz unnötig gefährlich. Das Versagen der Bundesregierung kann Menschenleben kosten.

Warum haben das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium zugesehen, wie unsere Verbündeten bereits Tage vor dem Einfall der Taliban in Kabul begannen, ihre Landsleute und Ortskräfte zu evakuieren? Warum hat das Bundesministerium des Inneren über Monate auf bürokratische Abläufe bestanden, anstatt eine schnelle Einreise zu ermöglichen? Und: Hat der Einsatz in Afghanistan trotz der beschämenden Planlosigkeit der Bundesregierung überhaupt etwas gebracht oder

war er, wie jetzt manche schreiben, ein Desaster?

Erinnern wir uns: Der wichtigste Auftrag nach den Anschlägen am 11. September 2001 war es, unseren amerikanischen Partnern zur Seite zu stehen und zu verhindern, dass vom Hindukusch aus weitere Terroranschläge auf den Westen geplant werden können. Seitdem die Nato am 4. Oktober den ersten Bündnisfall ihrer Geschichte ausrief, ging von Afghanistan kein Terroranschlag mehr auf die westliche Welt aus. Unsere Soldatinnen und Soldaten

ALEXANDER GRAF LAMBSBORFF

ist Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion mit Zuständigkeit für Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik.

haben ihren Auftrag mit Bravour erfüllt. Deutschland ist ihnen zu Dank verpflichtet. 59 von ihnen haben dafür ihr Leben gelassen. Ihr Einsatz war nicht umsonst. Aber das politische Ziel, Afghanistan in Frieden und Stabilität zu hinterlassen, wurde nicht erreicht.

Was muss, was kann Deutschland jetzt tun? Oberste aktuelle Priorität ist, so viele Leben wie möglich zu retten. In Lebensgefahr ist fast jeder, dessen Werte und Lebensweise dem Weltbild der Taliban widersprechen.

Deutschland sollte mit einem speziellen Visaprogramm für Afghaninnen vorangehen. Gerade Frauen, denen in den vergangenen Jahrzehnten endlich ein Recht auf Bildung und Selbstverwirklichung zugekommen ist, drohen jetzt Unterdrückung und Entrechtung.

Gleichzeitig müssen alle internationalen Zahlungen an Afghanistan eingestellt werden und der Zugang der Taliban zu den im Ausland befindlichen Währungsreserven der Afghanischen Zentralbank ebenso

blockiert werden wie die Zahlungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Ziel ist, den Taliban die finanziellen Mittel zu entziehen, mit denen sonst ein Terrorregime aufgebaut würde.

Stattdessen müssen mehr Hilfsgelder zur Versorgung der afghanischen Zivilbevölkerung und afghanischer Flüchtlinge mobilisiert werden. Deutschland sollte sich für einen Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs einsetzen, auf dem erhöhte finanzielle Zusagen an Hilfsorganisationen wie das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) oder die Internationale Organisation für Migration (IOM) gemacht werden – Organisationen, die schon vor der Machtübernahme der Taliban an chronischem Geldmangel litten. Zudem müssen die europäischen Partner schnellstmöglich das Gespräch mit Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan, aber auch der Türkei suchen, die die Hauptlast der neuen Flüchtlingsbewegung tragen werden.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Ihre Stimmen

Die kommende Bundestagswahl ist von historischer Bedeutung. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob wir unsere gesellschaftlichen Krisen ausbremsen oder verschärfen. Trotzdem dürfen nicht alle, die in Deutschland leben und von den Regierungsentscheidungen betroffen sind, diese wichtige Wahl mitentscheiden.

Zum Beispiel die Gruppe der 16- und 17-Jährigen, obwohl sie die extremsten Auswirkungen der Klimakrise treffen werden. Ein Argument gegen die Senkung des Wahlalters lautet: Jugendliche zögen ihre politischen Informationen, wenn überhaupt, aus Social Media und konsumierten eher Fake News. Die Medienkompetenz querdenkender Erwachsener wird hingegen nicht hinterfragt.

Ja, das Politikinteresse junger Menschen ist ausbaufähig. Ebenso das von Erwachsenen. Jederzeit und ausgewogen über das politische Geschehen im Bilde zu sein, ist ein Privileg. Um dem politischen Diskurs folgen zu können, braucht man Zeit und muss ihn verstehen können. Und wer sich darin nicht repräsentiert sieht, verliert eben das Interesse.

Allein die Coronakrise zeigt, dass die Belange von Jugendlichen (und Kindern) kaum zählen, da sie oft nur als lästiger Faktor gelten, der ihre Eltern vom Lohnarbeiten abhält. Kinder sind die Zukunft? So wie in Deutschland mit jungen Menschen umgegangen wird, entlarvt das lediglich einen „Weitblick“ bis zur nächsten Tapete – oder zur größten Wähler_innengruppe der Ü60-Jährigen. Es soll sprichwörtlich alles beim Alten bleiben.

Menschen ohne deutschen Pass sind ebenso von der Bundestagswahl ausgeschlossen. Manche wollen ihre jetzige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben oder haben die Einbürgerungsbedingungen (noch) nicht erfüllt – die Gründe sind vielfältig. Für die kommende Bundestagswahl betrifft das gut zehn Millionen Stimmen. Zum Vergleich: So viele Einwohner_innen hat Portugal. Zehn Millionen Menschen, die einfach ignoriert werden – das ist Ausdruck des Rassismus in Deutschland. Wie sähe allein deutsche Migrationspolitik aus, wenn diese Stimmen endlich gehört würden? Die Kampagne „Nicht ohne uns“ fordert zum Beispiel das „Bundes-tags- und Kommunalwahlrecht für alle Menschen, die seit fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben“.

Politik ist mehr als das Kreuz auf dem Wahlzettel. In dem Land, in dem man lebt, auch wählen zu dürfen, sollte allerdings eine Selbstverständlichkeit sein. Wer nicht einbezogen wird, wird vergessen? Das ist einer echten Demokratie nicht würdig.

Das Versagen der Bundesregierung kann ...

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

Nach der unmittelbaren Krisenbewältigung wäre eine UN-Konferenz, wie es sie 1979 zur Umsiedlung damaliger vietnamesischer Flüchtlinge gab, das richtige Format, um die Versorgung auf internationaler Ebene zu koordinieren.

Fazit ist: Die Tragödie am Hindukusch hat eine Bedeutung, die die ganze Region betrifft. China empfing jüngst eine Taliban-Delegation in der chinesischen Hafenstadt Tianjin. Peking und Moskau machen sich bereit, das Machtvakuum zu füllen, das die westlichen Partner hinterlassen haben.

Auch die schrecklichen Bilder werden bleiben. Deutschland und die Nato müssen dafür Sorge tragen, dass sich eine ähnliche Situation in anderen Einsatzgebieten nicht noch einmal wiederholt. Deutschland braucht jetzt eine Enquete-Kommission Afghanistan, die die Geschehnisse ehrlich aufarbeitet und den Einsatz in seiner Gesamtheit evaluiert.

Dabei geht es nicht um Schuldzuweisung, sondern darum, Lehren zu ziehen, um in künftigen Missionen realistischere politische Ziele und klarere militärische Aufträge zu definieren. Das Ziel einer solchen ehrlichen Aufarbeitung ist auch, die Glaubwürdigkeit des Westens wiederherzustellen, in den Augen unserer Gegner, unserer Partner, aber auch bei denjenigen, die wie die Ortskräfte in Afghanistan ihr Vertrauen und ihre Hoffnung darauf gesetzt haben, dass deutsche Politik zu ihrem Wort steht. Der Afghanistan-Einsatz war nicht das vollständige Desaster, das jetzt manche plump an die Wand malen. Aber beim Abzug hat Deutschland ein miserables Bild abgegeben. Das darf nie wieder passieren.

Für eine konsequente Aufarbeitung ...

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

Wir müssen aus Afghanistan und anderen Auslandseinsätzen die richtigen Lehren ziehen. Deshalb fordert die SPD bereits in ihrem Regierungsprogramm eine Enquete-Kommission des Bundestages in der kommenden Legislaturperiode, die unter Einbeziehung verschiedener Expertinnen und Experten Konsequenzen aus den vergangenen und gegenwärtigen Mandaten ziehen und handlungsleitende Vorschläge für die Durchführung laufender und zukünftiger Friedenseinsätze formulieren soll. Die Fehler, die bei der politischen Bewertung der Situation in Afghanistan gemacht wurden, müssen gerade mit Blick auf Einsätze wie in Mali tiefgreifend aufgearbeitet werden. Ohne Ergebnisse vorwegnehmen zu wollen, lässt sich jetzt schon sagen, dass das idealistische Projekt des *Nation Building* von außen zum Scheitern verdammt ist, wenn es in der Bevölkerung und ihren politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht den Willen dazu gibt. Wichtig bleibt auch, dass deutsche Außenpolitik sich auf diplomatische, entwicklungs- und humanitäre Maßnahmen konzentriert und diese Instrumente konsequent stärkt.

Obwohl die Evakuierung von möglichst vielen Menschen aus Afghanistan gerade erst begonnen hat, melden sich bereits jetzt einige Unionspolitiker, darunter Armin Laschet, zu Wort und verlangen nach der Einsetzung eines Nationalen Sicherheitsrats im Kanzleramt und reklamieren weitere exekutive Befugnisse. Diese Forderung zeugt von einer mangelnden Bereitschaft, zuerst die Schwachstellen der Lageeinschätzung zu benennen. Immerhin sind die deutschen Nachrichtendienste dem Kanzleramt zugeordnet und rechenschaftspflichtig. Warum es dann in diesem Haus noch weitere administrative Kompetenzausweitungen geben soll, erschließt sich nicht. Die Stärkung sicherheitspolitischer Befugnisse im Kanzleramt widerspricht dem bewährten Ressortprinzip und ist letztlich der Versuch, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, in deren Feld

sich auch das Parlament eigene Expertise und Mitwirkungsrechte erarbeitet hat, zu zentralisieren.

Das Zeitalter der humanitären Interventionen, das 1992 mit der UN-Mission UNOSOM in Somalia begann, ist endgültig an sein Ende gekommen. Wir brauchen eine Neubewertung der westlichen Außenpolitik. Mit Ausnahme des Balkans sind alle westlichen Interventionen gescheitert – wenn auch nicht so dramatisch wie derzeit in Afghanistan.

In der aufziehenden Ära geopolitischer Rivalitäten wird Afghanistan zum Anziehungsort für regionale Hegemonialmächte werden, die wie im Irak und Syrien versuchen werden, das entstehende Machtvakuum zu füllen. Russland, der Iran und an erster Stelle China sind hier zu nennen. Im Nachhinein könnte sich das Treffen zwischen dem chinesischen Außenminister Wang Ji und dem Talibanführer Mullah Abdul Ghani Baradar Ende Juli in Nordchina als Menetekel für den wachsenden Einfluss Pekings in der gesamten Region erweisen. Deshalb müssen wir nun alles dafür tun, um Pakistan und die Nachbar- und Regionalstaaten stärker einzubinden und auch finanziell bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme zu unterstützen. Auch das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR braucht dringend mehr Geld.

Die Zukunft der Region ist ungewisser denn je. Nicht nur für Afghanistan bricht jetzt ein neues Kapitel an, auch für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet die Machtübernahme der Taliban eine Zäsur, die Folgen haben wird und muss.



DR. ROLF MÜTZENICH, MdB

ist Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag.

Deutschland braucht einen Bundessicherheitsrat ...

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

mögliche Ausstattung der Truppe aussehen kann. Deutschland kann es sich heute nicht mehr leisten, als Status-quo-Macht zu agieren. Angesichts einer sich rapide wandelnden globalen Sicherheitsarchitektur erwarten unsere internationalen Partner heute von uns, dass wir einen angemessenen Beitrag zur Wahrung der regelbasierten internationalen Ordnung leisten. Ein angemessenes Mandat muss daher nicht nur unseren Soldaten den bestmöglichen Schutz gewähren, sondern auch unsere Partner mit unter den Schutzschirm nehmen. Der Bundestag wird zeitnah eine Regelung finden müssen, um zum Eigenschutz der eingesetzten Soldaten auch bewaffnete Drohnen einsetzen zu können.

Auslandseinsätze sollten ausschließlich durchgeführt werden, wenn sie deutschen Interessen dienen. Die Formulierung dieser Interessen könnte einem aufgewerteten Bundessicherheitsrat zufallen.

Wenn dieser Tage die schnellstmögliche Evakuierung deutscher Staatsbürger und afghanischer Ortskräfte erfolgt, dient dies zweifellos deutschen Interessen. Erfolgreiche Auslandseinsätze setzen auch die Zusammenarbeit mit Ortskräften voraus, denen eine wichtige Brückenfunktion zukommt. Wir brauchen daher künftig stichhaltige Schutzkonzepte für Notfallszenarien. Andernfalls droht uns ein Glaubwürdigkeitsverlust.

Wir müssen damit rechnen, dass die Taliban nur eine mit entsprechender militärischer Glaubwürdigkeit verbundene Präsenz akzeptieren werden, die auch die Bereitschaft umfasst, die eigenen Interessen im äußersten Fall mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Realistisch gesprochen kann dies einen Aufwand von mehreren tausend Soldaten, die sehr kurzfristig bereitgestellt werden müssen, umfassen. Ebenso bräuchte es dafür eine robuste Bewaffnung und die Mandatierung der entsprechenden Einsatzregelungen. Der Mandatsantrag der Bundesregierung erscheint in diesem Kontext noch vergleichsweise zurückhaltend formuliert: Eine schnellstmögliche und

breite Unterstützung im Bundestag soll und muss sichergestellt werden.

Die Opposition muss nun aber Farbe bekennen. Eine „sichere und umfassende Luftbrücke nach Kabul“, die derzeit in aller Munde ist, ist ohne robustes Einsatzmandat nicht möglich. Man stelle sich nur einmal vor, welche Bedrohungsszenarien sich eröffnen, wenn die Evakuierungsflüge ohne entsprechenden Begleitschutz Lufträume passieren, die derzeit von den Taliban kontrolliert werden.

Wir müssen nun international unter der Ägide der UNO beraten, ob in den Nachbarstaaten Afghanistans schnellstmöglich Aufnahmezentren für afghanische Flüchtlinge geschaffen werden können. Um solche Aufnahmezentren zu schaffen, die vielleicht von der UNO geleitet und von der EU finanziert werden, müssen wir unter anderem mit dem Iran, Irak, Usbekistan, Pakistan und der Türkei reden. Dazu braucht es ohne Zweifel ein europäisch und transatlantisch abgestimmtes Vorgehen. Da wir eine größere Zahl von Flüchtlingen nicht ausschließen dürfen, brauchen die Nachbarländer gezielte Unterstützung, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Selbstverständlich braucht es auch Antworten auf die Frage, wie wir die im Land verbleibenden Menschen humanitär unterstützen können, ohne dass die Taliban davon profitieren. Wir stehen hier vor einer großen Herausforderung, die uns noch viele Jahre beschäftigen wird.



RODERICH KIESEWETTER

ist Oberst a.D. und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss sowie Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (*), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (*), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (*), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM Der Hauptstadtbrief am Samstag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich online auf www.derhauptstadtbrief.de | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Dippendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021

Frauen und Mädchen stärken

Ihre Spende für weltweite Gleichberechtigung.
IBAN: DE 93 3705 0198 0000 0440 40

www.care.de

 **care**® **wirkt. weltweit.**

